

Warum von der Leyens Kinderbetreuungs-Plan ungerecht ist

✘ Die Kritik von Bischof Mixa an den Plänen von Ursula von der Leyen (CDU) für mehr Kinderbetreuung ([wir berichteten](#)) hat bundesweit für heftige Diskussionen gesorgt. Übrigens auch innerhalb der *PI*-Redaktion. SPD-Chef Kurt Beck hat sich sogar dazu verleiten lassen, den Augsburger Bischof Walter Mixa indirekt mit einem [kastrierten Kater](#) zu vergleichen.

PI-Stammleser Thomas F. weist uns auf einen [sehr viel niveauvolleren Beitrag](#) zum „Kinderbetreuungsausbaustreit“ hin, der einen exemplarischen Einblick in das vorherrschende Selbst- und Staatsverständnis deutscher Politiker gibt. Wir wollen Auszüge davon unseren Lesern nicht vorenthalten.

Die Politiker erweisen der deutschen Gesellschaft einen schlechten Dienst. Der Staat wird ohne Not als Unternehmer tätig, indem er die Dienstleistung Kinderbetreuung anbietet. Tut er dies auch noch betragsfrei, dann behindert oder verdrängt er zusätzlich private Anbieter. Zugleich löst er den für das Funktionieren einer Marktwirtschaft unentbehrlichen Rechnungszusammenhang auf. Kostenlose Kitas, das ist nicht mehr als die Illusion, alle könnten auf Kosten aller leben. Die wirtschaftliche Verantwortlichkeit der Eltern für ihre Kinder ist so entscheidend für den Zusammenhalt und die Moral der Familie, dass Sozialisierungsbestreben jedweder Couleur die Familienintegration untergraben. Tatsächlich beruht jede Ausgabe des Staates auf einem Verzicht des Volkes. Steuer- oder schuldenfinanzierte Kitas werden von allen Bürgern bezahlt, unabhängig davon ob sie Kinder haben oder nicht. In den fragwürdigen Genuss des staatlichen Kinderbetreuungsprogramms kommen nach von der Leyens Plänen ohnehin keineswegs alle Mütter, sondern nur diejenigen, die arbeiten. Ein Schelm wer denkt, die Bundesfamilienministerin mache ihre private Lebenssituation zum Leitbild der ganzen Gesellschaft? Unabhängig vom Vorwurf einer Froschperspektive aufzusitzen, ist dies ungerecht! Aber die Ungleichbehandlung ungleicher Menschen ist bekanntlich das Wesensmerkmal unseres egalitären Wohlfahrtsstaates. Erinnerung sei daran, dass dem Staat in der sozialen Marktwirtschaft die Aufgabe zukommt, günstige Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Menschen zu setzen. Anders als in der DDR soll die Staatsbürokratie kein Unternehmer sein. Anders als in der Sowjetunion ist der Staat nicht für das Glück des neuen Menschen zuständig. Die Sicherung der Freiheit ist die vornehmste Staatsaufgabe, auch die der deutschen Bundesregierung. Insofern wäre es tolerabel, wenn die Bundesfamilienministerin das Angebot privater Anbieter durch Appelle anregen würde. Sie stünde in der Tradition Ludwig Erhards, wenn sie die Bürger ermuntern würde, eigene Lösungen zu finden, auch Kitas zu gründen oder private Anbieter zu finden, dort wo

Eltern Engpässe in der Betreuung ihrer Kinder erfahren. Der flankierende Abbau von Restriktionen bei der Gründung von Kitas würde Beifall finden. Die Freiheit des Einzelnen zur Wahlfreiheit zwischen Erziehung zu Hause und Berufstätigkeit zu degradieren ist dagegen unwürdig. Das Gesellschaftsmodell eines Staates, der auf seine unmündigen Bürger herabblickt, ist inakzeptabel. Ein Staat, der sich das Wissen um den richtigen Weg in der Entwicklung der Familien anmaßt und bundeszentralistische Lösungen vorgibt, ist mit einer freien Gesellschaft unvereinbar. Staatskinder sind deshalb für den freiheitlichen Rechtsstaat.

Eine Gesellschaft, die ihren Familien staatliche Kinderbetreuung vorschreibt, ist genauso inakzeptabel wie Stimmen, die die Mütter an Heim und Herd fesseln und arbeitenden Müttern ein schlechtes Gewissen einreden wollen.

(Spürnase: Florian G.)